Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 6

Artikel: Selbstbestimmung für die Papuas?
Autor: Snethlage, J.L.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140684

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Staaten existieren, nachgeben und so handeln, daß der Kapitalismus erhalten bleibt, und die Demokratie, die sie schon seit langem verfochten hat, opfern? Es fehlt sogar in diesem Lande nicht an Schriftstellern, Denkern, Studenten, die behaupten, daß, wenn die Regierung der USA das Wort «Demokratie» brauche, sie in Wirklichkeit Kapitalismus meine. Wenn diese Leute recht haben, dann können wir keine Hilfe erwarten, denn weil wir zugestandenermaßen eine echte Demokratie sind, sind wir zugestandenermaßen auch sozialistisch.

Früher oder später muß diese Frage offen ins Auge gefaßt und durch eure Regierung geklärt werden. Die Geschichte hat mein eigenes kleines Land dazu ausgewählt, Brennpunkt dieses Problems zu sein. Der Entscheid muß jetzt fallen, und zwar augenfällig fallen. In der Tat, meine Herren, nicht *unsere Auffassung* von Demokratie ist heute auf die Probe gestellt, sondern die eurige.

Selbstbestimmung für die Papuas?

Nachdem die niederländische Regierung vergebens versucht hat, die Welt von der Tatsache zu überzeugen, daß ihr Land darauf angewiesen sei, in *Neuguinea* zu siedeln und die Papua-Bevölkerung in seine Hut zu nehmen, hat sie eine andere Lösung gefunden. Jetzt heißt es, daß diese Volksstämme auf gut demokratische Weise *selbst* entscheiden sollen, was ihre Zukunft sein wird.

Diese Lösung war vor allem ein Fund unseres zu der Katholischen Partei gehörenden Außenministers J. M. Luns, desselben Staatsmannes, der damals in der UNO unsere blutigen militärischen Aktionen gegen Indonesien mit dem Argument verteidigt hat, daß es sich hier um eine rein innenpolitsche Angelegenheit handle, demselben Argument also, das jetzt in bezug auf Angola durch Portugal hervorgehoben wird.

Von den Engländern ist oft gesagt worden, daß sie die gewissenloseste Politik nur dann angewendet hätten, wenn sie zuerst sich selbst überredet hätten, daß sie hohen ethischen Idealen nachstreben. Denselben Weg scheint jetzt auch die niederländische Regierung gewählt zu haben. Als wir aus unserem früheren Kolonialgebiet Indonesien verjagt wurden, haben wir gleichwohl einen Rest davon, beinahe so groß wie halb Europa, behalten, nicht — so heißt es — aus selbstsüchtigen Motiven, nicht um die potentiellen Bodenreichtümer Irians an uns zu reißen, wie wir es jahrhundertelang auf den andern Inseln taten, sondern weil die Zukunft der Papua-Bevölkerung uns Sorgen mache, eine Zukunft, welche wir in den Händen Indonesiens nicht für gesichert erklärten. Dieses Märchen wurde nach und nach glaubwürdiger, weil der vermeintliche Reichtum der Bodenschätze Irians den Erwartungen nicht entsprochen hat und wir noch viele Jahre nicht auf unsere Kosten kommen würden.

Selbstbestimmung ist also jetzt das Schlagwort für unsere Neuguinea-Politik geworden. Nachdem wir immer der Bevölkerung Javas die Selbstbestimmung abgesprochen hatten mit dem Argument, daß dieses Volk dafür noch nicht reif sei, obwohl diese Insel im 17. Jahrhundert, als wir sie eroberten, schon eine lange und hohe Zivilisation hinter sich hatte, werden wir die Volksstämme Irians, die noch kaum das steinerne Zeitalter verlassen haben, in wenigen Jahren — so heißt es — für die Selbstbestimmung reif machen können.

Damit diese Behauptung nicht allzu lächerlich scheine, haben wir einige Dutzende junge Papuas in den Vordergrund geschoben, sie mit Geschenken überhäuft, mit einer oberflächlichen Tünche von Zivilisation übergossen und diese sorgsam ausgewählten Menschen dazu bestimmt, auf demokratische Weise die wahren Meinungen und Wünsche von 800 000 Papuas zu vertreten, deren Sprache sie nicht verstehen und mit denen sie zum größten Teil niemals Kontakt ausübten. Eine größere Komödie ist kaum denkbar.

Man redet sogar von der Möglichkeit einer allgemeinen Volkspetition, wobei eine ganze primitive Bevölkerung, welche nichts vom Weltgeschehen weiß, welche die geographische Stellung ihrer Insel in der Welt nicht kennt, welche niemals von Kapitalismus, Sozialismus oder von einer kommunistischen Welt gehört hat, selbst über ihre Zukunft entscheiden soll. Die Vorbereitung dazu besteht schon lange darin, daß Präsident Sukarno von Indonesien als der leibhafte Teufel an die Wand gemalt wird, so daß die Papua-Mütter, wenn ihre Kinder ihnen lästig sind, keine schrecklichere Drohung wissen als: «Sukarno wird dich holen!» In einer derartigen Aufklärung hat die niederländische Regierung sich immer tüchtig bewiesen, ist es ihr ja auch gelungen, dem niederländischen Volk gerade soviel Angst vor Lenin, Stalin oder Chruschtschew einzuflößen wie jetzt dem Papua-Volk vor Sukarno.

Selbstbestimmung der Papua-Bevölkerung ist jedoch eine reine Fiktion, denn von einem «Selbst» kann man hier überhaupt nicht sprechen. Ein «Selbst» setzt ja eine gewisse Einheit des Denkens, Wollens und Handelns voraus, und von einer solchen Einheit kann bei Volksstämmen, die einander noch bekriegen, die wegen verschiedener Sprachen einander nicht verstehen, in absehbarer Zeit keine Rede sein.

Noch merkwürdiger ist es, daß eine Regierung, welche sich «christlich» nennt, eine derartige Lösung ins Auge faßt, denn das Christentum ist immer von dem Standpunkt ausgegangen, daß der sich selbst überlassene Mensch sündig und zu jeder Bosheit geneigt ist, so daß die Meinungen und Wünsche sich selbst bestimmender primitiver Volksstämme nur im Zeichen kurzsichtigen Egoismus' stehen können. Auf solche Wünsche wird nur die Klage der Maria Stuart in Schillers Drama angewendet werden können:

«Ach, mein Verderben hab' ich mir erfleht,
Und mir zum Fluche ward mein Flehn erhört.»

Gleichwohl heißt man es eine erhabene sittliche Politik, wenn einer analphabetischen Bevölkerung von noch keiner Million Seelen das Verfügungsrecht über ein Gebiet so groß wie halb Europa zugewiesen wird, trotz der Tatsache, daß übervölkerte Weltteile sich nach mehr Lebensraum sehnen.

Während im niederländischen Parlament die Erkenntnis des Wahnsinns einer solchen Außenpolitik sogar unter den Glaubensgenossen des Außenministers im Wachsen begriffen ist, erklärt dieser Staatsmann, der von keiner Regierung, ausgenommen der eigenen, *au sérieux* genommen wird, dessen Staatskunst, nach dem Vorbild des verstorbenen John Foster Dulles, in einem zwecklosen Herumstreifen in der Welt besteht, ohne daß jemals etwas Wichtiges oder Heilsames für die Niederlande daraus resultiert — dieser Staatsmann erklärt, über die Opposition seiner Glaubensgenossen «höchst erstaunt» zu sein!

J. L. Snethlage

Um die Kontrolle der Kernwaffenversuche

In den «Neuen Wegen» ist wiederholt und einläßlich auf die bedeutsamen Feststellungen des englischen Atomphysikers P. M. S. *Blackett* über die Kernwaffenrüstung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hingewiesen worden.

Die im Londoner «New Statesman» veröffentlichte Arbeit ist inzwischen auch in der USA-Zeitschrift «Scientific American» erschienen, und zwar mit einer wertvollen Ergänzung, deren Kenntnis wir einem deutschen Freund verdanken. Professor Blackett führt hier aus:

«Der derzeitige Unterschied zwischen den Vorschlägen der USA und der Sowjetunion (SU) in bezug auf die nukleare Abrüstung wird oft etwas vereinfacht ausgedrückt durch die Feststellung, die USA wünschten Kontrolle ohne Abrüstung, die SU dagegen Abrüstung ohne Kontrolle. Es wäre zutreffender, zu sagen, daß es sich um eine verschiedene zeitliche Anordnung der Stufen der Abrüstung und der Stufen der Kontrolle handelt.

Die Vorschläge der SU von 1960 sahen vor, daß als erstes international Beauftragte die Zerstörung aller Raketen, Militärflugzeuge und anderer Träger von Kernwaffen kontrollieren sollten. Völlige Inspektion eines Landes sollte erst geschehen, wenn alle Waffen zerstört wären. Die SU schlug also nicht Inspektion oder Kontrolle derjenigen Waffen vor, die erst später zerstört werden sollten. Es ist klar, daß diese ersten Abrüstungsschritte aus der angenommenen militärischen Politik der SU folgen, nach der sie ihre Sicherheit vor nuklearen Angriffen in einer relativ kleinen Zahl von Waffen mit rein vergeltender Bestimmung findet, deren Standort höchst geheim ist.